

Österreich

Florian Trauner

Ein beherrschendes europapolitisches Thema war die Änderung des österreichischen Bankgeheimnisses. Angesichts zunehmenden Drucks der EU-Kommission und anderer Mitgliedstaaten stimmte Österreich zu, das Bankgeheimnis für ausländische Kontobesitzer abzuschaffen und mehr Informationsaustausch innerhalb der EU zuzulassen.

Euro und Finanzen

Die Verhandlungen für den nächsten EU-Finanzrahmen (2014-2020) lösten teils heftige innenpolitische Diskussionen aus. Österreich wehrte sich gegen Kürzungen in der Landwirtschaft und setzte sich für die Beibehaltung des österreichischen Rabatts auf EU-Zahlungen ein. Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) warnte, dass durch Kürzungen im EU-Agrarbudget „70.000 Bauern in Existenzgefahr“ seien¹ und Staatssekretär Reinhard Lopatka (ÖVP) forderte den Bundeskanzler auf, ein Veto bei den EU-Verhandlungen einzulegen, falls Österreich seinen Rabatt verlieren sollte.²

Das EU-Budget wurde von den Staats- und Regierungschefs der Union beim Treffen am 7. und 8. Februar 2013 vereinbart. In den Jahren 2014 bis 2020 wird Österreich jährlich etwa 1,02 Mrd. Euro mehr in das Gemeinschaftsbudget einzahlen, als es an Rückflüssen erhält. Österreich ordnet sich damit im Mittelfeld der EU-Nettozahler ein.³ In der Parlamentssondersitzung zum EU-Budget verteidigte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) den in Brüssel erzielten Kompromiss als „gutes Ergebnis“. Der österreichische Beitrag steige zwar in absoluten Zahlen, aber der maximale Nettobeitrag gemessen an der Wirtschaftsleistung sinke von 0,33 auf 0,31 Prozent des BIP. Vizekanzler Michael Spingeleger (ÖVP) sah das Ergebnis als „akzeptabel“ an, auch wenn es keinen Grund zum Jubeln gebe. Es sei ein Erfolg gewesen, die im ersten Entwurf vorgesehenen Mittelkürzungen um 30% für den Bereich ländliche Entwicklung abzuwenden. Die Oppositionsparteien kritisierten das Verhandlungsergebnis. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bezeichnete den Bundeskanzler als „Verhandlungsniete“, während ihn BZÖ-Chef Josef Bucher sogar des „Verrats“ bezichtigte. Die Kritik der Grünen-Chefin Eva Glawischnig bezog sich weniger auf den österreichischen Beitrag, als vielmehr auf die Prioritätensetzung im EU-Budget, die zu wenig auf die Eurokrise reagiere.⁵

Die Eurokrise hat in Österreich zu einem weniger starken Anstieg der Arbeitslosigkeit als in andern EU-Mitgliedstaaten geführt. Im Zeitraum von Juni 2012 bis April 2013 lag die österreichische Arbeitslosenrate zwischen 4,5 und 4,8 Prozent, während der Durch-

1 Austrian Press Agency (2012): EU-Finanzrahmen: Berlakovich sieht 70.000 Bauern in Existenzgefahr, APA 0245, 6. November 2012.

2 Austrian Press Agency (2013): EU-Budget – Lopatka fordert Veto-Drohung bei Rabatt-Aus, APA 59, 4. Februar 2013

3 EU-Budget: Warum Österreich mehr zahlen muss, DiePresse.com, 8. Februar 2013.

4 Republik Österreich – Parlament (2013): Faymann und Spingeleger verteidigen EU-Kompromiss. Parlamentskorrespondenz No. 116 vom 19. Februar 2013.

5 Ebd.

schnitt der EU-27 konstant bei über 10 Prozent lag.⁶ Österreich hatte damit die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU. Es gibt allerdings nur wenige EU-Staaten, die die Konsolidierung ihres Staatshaushaltes langsamer vorantreiben als Österreich.⁷

Österreich war eines der 11 EU-Mitgliedstaaten, die sich bei der Einführung einer Finanztransaktionssteuer beteiligen. Diese Steuer soll Banken- und Börsengeschäfte betreffen und Einnahmen von 30 bis 35 Mrd. Euro bringen. Der Rat der EU-Finanz- und Wirtschaftsminister stimmte am 22. Januar 2013 zu, dass diese Steuer im Rahmen einer „verstärkten Zusammenarbeit“, bei der mindestens 9 EU-Länder mitmachen müssen, eingeführt werden kann.⁸

Bankgeheimnis

Die Veröffentlichung von Daten aus Offshore-Steuerparadiesen und diverse Steuer-skandale in EU-Mitgliedstaaten haben die Debatte zu Steuerflucht angeheizt. Österreich kam immer stärker unter Druck, das Bankgeheimnis aufzugeben und einem verstärkten Austausch von Bankkundendaten innerhalb der EU zuzustimmen. Mit Hinweis auf das Bankgeheimnis hat Österreich gemeinsam mit Luxemburg eine Verschärfung des EU-Zinssteuergesetzes (Richtlinie 2003/48/EG) verhindert, die von der EU-Kommission schon seit 2008 propagiert wurde.

Das österreichische Bankgeheimnis kam von mehreren Seiten in Bedrängnis. Zum einen begehrten US-Steuerbehörden Einblick in Kundendaten von Amerikanern, die ein Bankkonto in Österreich besaßen und potentiell in den USA steuerpflichtig waren. Als Österreich zustimmte, mit der US-Regierung Verhandlungen aufzunehmen, kam prompt die Reaktion der EU-Kommission. Laut EU-Steuerkommissar Algirdas Šemeta dürfe Österreich keinem Drittstaat bessere Bedingungen als EU-Ländern einräumen. Österreich müsse nun auch innerhalb der EU mehr Informationsaustausch zulassen, sonst riskiere das Land eine Klage beim Europäischen Gerichtshof.⁹

Zum anderen verlor Österreich den wichtigsten EU-Verbündeten im Kampf um die Beibehaltung des Bankgeheimnisses. Anfang April 2013 kündigte Luxemburg an, von 2015 an am automatischen EU-Informationsaustausch mitzumachen. Obwohl die österreichische Regierung durch diesen Schritt unter Zugzwang kam, sah sie keine Notwendigkeit, das Bankgeheimnis zu lockern. Insbesondere die konservative ÖVP wollte das aktuelle Regelwerk beibehalten. Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) verteidigte das Bankgeheimnis mit dem Argument, ein verstärkter Informationsaustausch greife „massiv“ in die Privatsphäre ein.¹⁰ Die SPÖ unter Bundeskanzler Werner Faymann signalisierte jedoch zusehends ihre Bereitschaft, mit der EU unter gewissen Bedingungen über Änderungen am Bankgeheimnis zu verhandeln. Der Streit der Regierungsparteien um eine gemeinsame Position gipfelte mit der Veröffentlichung eines vertraulichen Briefes von Finanzministerin Maria Fekter, in dem sie Bedingungen für Verhandlungen über das Bankgeheimnis zu definieren suchte.¹¹

6 Eurostat (2013): Harmonisierte Arbeitslosenquote (saisonbereinigt): <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&language=de&pcode=teilm020&tableSelection=1&plugin=1>.

7 Österreich liegt bei Budgetsanierung in C-Liga ab, Der Standard, 12./13. Januar 2013.

8 Council of the European Union (2013): Financial transaction tax: Council agrees to enhanced cooperation. 5555/13, 22 January 2013, Brussels.

9 EU droht Österreich mit Klage wegen des Bankgeheimnisses, Der Standard, 25. Januar 2013.

10 Maria Fekters einsamer Kampf, DiePresse.com, 12. April 2013.

11 Faymann attackiert Fekter: „Werden Lachnummer“, DiePresse.com, 29. April 2013.

Ende April 2013 zeigte sich die Regierung bereit, das Bankgeheimnis für Ausländer aufzugeben und über einen verstärkten Datenaustausch innerhalb der EU zu verhandeln. Die Kontoinformationen österreichischer Kunden sollen weiterhin unangetastet bleiben. Wichtige Zielsetzungen der österreichischen Regierung für die EU-Verhandlungen waren, dass die Steuerabkommen mit der Schweiz und Liechtenstein „gesondert berücksichtigt werden“; dass der Informationsaustausch den Standards der OECD entspricht; und dass auch in anderen europäischen Ländern die wirtschaftlichen Eigentümer von Briefkastenfirmen und Trusts identifiziert werden.¹² Diese Position wurde beim EU-Gipfel vom 22. Mai 2013 vertreten, bei dem beschlossen wurde, Details des automatischen Datenaustauschs bis Ende 2013 zu verhandeln. Das Bankgeheimnis für Nichtösterreicher dürfte ab 2015 fallen.¹³

Außen- und Sicherheitspolitik

Österreich positionierte sich in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik als ein Vertreter für mehr Integration. In einem Positionspaper, das neben Österreich von zehn weiteren EU-Außenministern unterzeichnet wurde, wurde die Möglichkeit für Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik sowie eine ambitioniertere Verteidigungspolitik – bis hin zu einer „European Army“ – gefordert.¹⁴ Allerdings war die EU-Sicherheitspolitik kein zentrales Thema in der innenpolitischen Debatte, ob die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und ein Berufsheer eingeführt werden sollte. Als wichtigste Gründe, warum in der Volksbefragung von 20. Januar 2013 fast 60% der österreichischen Bevölkerung für die Beibehaltung der Wehrpflicht stimmten, wurden der gesellschaftspolitische Nutzen des Wehr- und Zivildiensts und der Erhalt des Zivildiensts genannt.¹⁵

Hinsichtlich des Syrienkonflikts pochte Österreich auf eine möglichst neutrale Haltung der EU, um seine UN-Soldaten am Golan nicht zu gefährden. Österreich stellte mit etwa 370 Soldaten das wichtigste Kontingent der UN-Mission, die die Einhaltung des Waffenstillstands zwischen den von Israel besetzten Golanhöhen und Syrien überwachen soll. Als sich Frankreich und Großbritannien im Frühjahr 2013 dafür einsetzten, das EU-Waffenembargo gegen Syrien aufzuheben, um die Gegner des Assad-Regimes mit modernen Waffen auszustatten, nahm Österreich eine ablehnende Haltung ein. Es befürchtete eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage der österreichischen UN-Soldaten, da „die EU dann zur Kriegspartei würde“.¹⁶ Die Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten scheiterten, sodass das EU-Sanktionenregime mit Ende Mai 2013 auslief und Frankreich und Großbritannien Waffen an die syrischen Rebellen liefern konnten.¹⁷

Kurz nach diesem EU-Entschluss, am 6. Juni 2013, kündigten Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) an, die österreichischen UN-Soldaten binnen 4 Wochen vom Golan zurückzuziehen. Dies bedeutete ein Ende des österreichischen Beitrags zur UN-Mission. Die Entscheidung wurde zum Teil sehr kritisch kommentiert. Laut einem Bericht des britischen Guardian war insbesondere Israel verärgert, dass sich Österreich angesichts „erster Anzeichen von Schwierigkeiten“ zurück-

12 Einigung: Bankgeheimnis für Ausländer fällt, DiePresse.com, 26. April 2013.

13 EU knüpft Steuerfangnetz enger, DiePresse.com, 22. Mai 2013.

14 „Eisbrecher“ für EU-Zukunft präsentieren, Der Standard, 19. September 2012.

15 SORA Wahlanalysen (2013): Volksbefragung 2013, <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/vbfrg-13.html>.

16 UNO-Einsatz am Golan - Österreich wirbt um Israels Hilfe, Tiroler Tageszeitung Online, 12. April 2013.

17 „Es ist gescheitert“: EU-Waffenembargo endet am 31. Mai, DiePresse.com, 28. Mai 2013.

zieht.¹⁸ Auch österreichische Diplomaten sorgten sich um das internationale Ansehen des Landes und warnten, dass die Regierung „verbrannte Erde“ hinterlasse. Angesichts des sehr engen Zeitplans des Rückzugs hätten die Vereinten Nationen fast keine Zeit, adäquat auf die veränderte Situation zu reagieren.¹⁹ Selbst angesichts des Syrien-Bürgerkriegs und dem Rückzug Österreichs hielten die Vereinten Nationen an der Golan-Mission fest. Das österreichische Militär wurde mit Blauhelmsoldaten aus Fidschi ersetzt.

Rechtsfragen

Österreich verliert nach der EU-Wahl im Mai 2014 einen Sitz im Europäischen Parlament und wird künftig 18 statt bisher 19 EU-Abgeordnete stellen. Der Hintergrund ist der EU-Beitritt Kroatiens und eine Bestimmung des Lissaboner Vertrags, die eine Höchstgrenze von 751 Parlamentssitzen vorsieht. Ein fraktionsübergreifender Antrag österreichischer Abgeordneter, dass die Anzahl der österreichischen EU-Abgeordneten unverändert bleibe, wurde vom EU-Parlament mit 418 Stimmen abgelehnt, 174 unterstützten ihn.²⁰

Am 14. Januar 2013 wurde Ernst Strasser, der frühere österreichische Innenminister und EU-Abgeordnete, wegen Bestechlichkeit während seiner Zeit im Europaparlament zu vier Jahren Haft verurteilt. In der „cash for law“-Affäre hatte Ernst Strasser britischen Journalisten, die sich als Lobbyisten ausgegeben haben, zugesagt, für 100.000 Euro Jahresgage Einfluss auf die EU-Gesetzgebung zu nehmen. Der Richter schenkte der Verteidigungslinie von Ernst Strasser, er habe die Journalisten für Geheimdienstleute gehalten und diese aufdecken wollen, keinen Glauben und sah den Tatbestand Bestechlichkeit „ganz eindeutig erfüllt“.²¹ Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) sah die österreichische Vorab-Genehmigungspflicht für Totalabverkäufe als rechtswidrig an (C-206/11). Der Fall wurde von einem Tiroler Einzelunternehmer angestrengt, der einen „Totalabverkauf“ seiner Waren angekündigt hatte, ohne sich die Bewilligung der Bezirksverwaltungsbehörde einzuholen und dafür verklagt wurde.²² In einem anderen Fall (C-614/10) stellte der EuGH einen Verstoß Österreichs gegen die EU-Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG) fest. Die Ansiedlung der Datenschutzkommission im Kanzleramt untergrabe dessen Unabhängigkeit und sei nicht im Einklang mit der EU-Richtlinie, befanden die Straßburger Richter. In der Rechtssache C-75/11 kam der EuGH am 4. Oktober 2012 zur Schlussfolgerung, dass Österreich die Bestimmungen der Unionsbürgerschaft verletze, indem es nur denjenigen Studierenden Fahrpreismäßigungen gewährleiste, deren Eltern in Österreich Familienbeihilfe beziehen. Österreich wurde aufgefordert, diese Regelung zu ändern.

Weiterführende Literatur

Nicole Alecu de Flers: *EU foreign policy and the Europeanization of neutral states – comparing Irish and Austrian foreign policy*, London 2012.

Peter Slominski/Johannes Pollak: *Das politische System der EU*, Wien 2012.

18 Israel reacts angrily to Austria's withdrawal from Golan Heights, guardian.co.uk, 6 June 2013.

19 Golan Abzug spaltet die Regierung, DiePresse.com, 17. Juni 2013.

20 Österreich verliert einen Sitz im EU-Parlament, Wiener Zeitung, 13. März 2013.

21 Die Abrechnung mit dem Ex-Innenminister, Der Standard, 15. Januar 2013, S. 2.

22 EUGH kippt österreichische Ausverkaufsregelung, DiePresse.com, 22. Januar 2013.